

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit (14. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Susanne Ferschl, Kathrin Vogler, Klaus Ernst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 20/201 –

Patente für Impfstoffe, Therapeutika und Tests zur weltweiten Eindämmung von Corona jetzt freigeben

A. Problem

Die Corona-Krise wird Deutschland und die Welt nach Darstellung der Fraktion DIE LINKE. noch lange beschäftigen. In weiten Teilen der Welt sei nur ein geringer Anteil der Bevölkerung geimpft. Die Pandemiebekämpfung müsse aber weltweit erfolgen – nicht nur aus Gründen internationaler Solidarität in Krisenzeiten, sondern auch, damit die belastenden und teuren Maßnahmen des Infektionsschutzes in Deutschland und der EU nicht zur dauerhaften Sisyphus-Aufgabe würden. Auch ein Jahr nach Zulassung der ersten Vakzine könne von einer Deckung des weltweiten Bedarfs nicht zuletzt aufgrund der Preise keine Rede sein. Der globale Norden lasse es mehrheitlich eher zu, dass der globale Süden massiv unterversorgt sei, als eine Ausnahme von der profitorientierten Vermarktung zuzulassen. Die Bundesregierung gehöre bislang zu den weltweit entschiedensten Gegnern einer Ausnahme des Patentschutzes zugunsten einer gemeinwohlorientierten Herstellung der Corona-Impfstoffe, Behandlungen und Tests.

B. Lösung

Die Bundesregierung solle den Antrag von Südafrika und Indien für ein Aussetzen der Patente für Therapeutika, Impfstoffe und Tests gegen COVID-19 (TRIPS-Waiver) bei der Welthandelsorganisation unterstützen, einen Technologietransfer insbesondere für die mRNA- und Vektorimpfstoffe gewährleisten und sicherstellen, dass das Knowhow zur Produktion weltweit angeeignet werden könne.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Die Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/201 abzulehnen.

Berlin, den 16. März 2022

Der Ausschuss für Gesundheit

Dr. Kirsten Kappert-Gonther
Stellvertretende Vorsitzende

Tina Rudolph
Berichterstatteerin

Bericht der Abgeordneten Tina Rudolph

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 20/201** in seiner 12. Sitzung am 14. Januar 2022 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Gesundheit überwiesen. Außerdem hat er ihn zur Mitberatung an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Corona-Krise wird Deutschland und die Welt nach Darstellung der Fraktion DIE LINKE. noch lange beschäftigen. In weiten Teilen der Welt sei nur ein geringer Anteil der Bevölkerung geimpft, für Afrika werde eine Impfquote von 6,6 Prozent angegeben. Es immer wahrscheinlicher, dass man sich auf absehbare Zeit auf wiederkehrende Impfungen wegen nachlassenden Impfschutzes oder neuer Virusvarianten einstellen müsse. Die Pandemiebekämpfung müsse weltweit erfolgen – nicht nur aus Gründen internationaler Solidarität in Krisenzeiten, sondern auch, damit die belastenden und teuren Maßnahmen des Infektionsschutzes in Deutschland und der EU nicht zur dauerhaften Sisyphus-Aufgabe würden. Der Egoismus der reichen Staaten, zunächst sich selbst mit Impfstoff zu versorgen, aber an der privaten, künstlich verknappten, gewinnorientierten Herstellung nichts Grundsätzliches zu ändern, mache eine zynische Prioritätensetzung deutlich. Mit der COVAX-Fazilität sei zwar ein internationaler Einkaufs- und Verteilmechanismus für Impfstoffe eingeführt worden. Jedoch hätten sich die Befürchtungen bestätigt, dass dieses Instrument bei weitem nicht ausreichend sei, um für eine weltweit gerechte Impfstoffversorgung zu sorgen. Auch ein Jahr nach Zulassung der ersten Vakzine könne von einer Deckung des weltweiten Bedarfs nicht zuletzt aufgrund der Preise keine Rede sein. Der globale Norden lasse es mehrheitlich eher zu, dass der globale Süden massiv unterversorgt sei, als eine Ausnahme von der profitorientierten Vermarktung zuzulassen. Die Bundesregierung gehört bislang zu den weltweit entschiedensten Gegnern einer Ausnahme bei den Patentschutzregeln zugunsten einer gemeinwohlorientierten Herstellung der Corona-Impfstoffe, Behandlungen und Tests. Ein entsprechender Antrag von Indien und Südafrika aus dem Oktober 2020 werde von mehr als 100 Mitgliedstaaten der Welthandelsorganisation unterstützt und der US-Präsident habe die vormals harte Linie aufgeweicht. Auch das Europäische Parlament habe kürzlich seine Forderung nach einem befristeten Aussetzen der Impfstoffpatente erneuert. Entschiedene Ablehnung erfahre der Vorschlag jedoch von den Regierungen europäischer Staaten mit starker Pharmaindustrie, neben Deutschland etwa von der Schweiz und Großbritannien sowie von der EU-Kommission.

Die Bundesregierung müsse daher den Antrag von Südafrika und Indien für ein Aussetzen der Patente für Therapeutika, Impfstoffe und Tests gegen COVID-19 (TRIPS-Waiver) bei der Welthandelsorganisation unterstützen, einen wirksamen Technologietransfer insbesondere auch für die mRNA- und Vektorimpfstoffe gewährleisten und sicherstellen, dass das Knowhow zur Produktion weltweit angeeignet werden könne.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner 7. Sitzung am 16. März 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. beschlossen, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/201 zu empfehlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Gesundheit hat in seiner 6. Sitzung am 26. Januar 2022 seine Beratungen zu dem Antrag auf Drucksache 20/201 aufgenommen und beschlossen, eine öffentliche Anhörung durchzuführen.

Die öffentliche Anhörung fand in der 10. Sitzung am 16. Februar 2022 statt. Als sachverständige Organisationen waren eingeladen: Biotechnologie-Industrie-Organisation Deutschland e. V. (BIO Deutschland), Deutsche Vereinigung für gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht e. V. (GRUR), GAVI, The Vaccine Alliance, Pro Generika e. V., Verband Forschender Arzneimittelhersteller e. V. (vfa).

Als Einzelsachverständige waren eingeladen: Prof. Andy Lofts Gray (WHO Consultant, Senior Lecturer University of KwaZulu-Natal, Durban), Mareike Haase (Brot für die Welt), Ellen 't Hoen (University of Groningen), Elisabeth Massute (Ärzte ohne Grenzen e. V.), Prof. Dr. Axel Metzger (Humboldt-Universität zu Berlin), Felicitas Riedl (Europäische Investitionsbank (EIB)). Auf das entsprechende Wortprotokoll der öffentlichen Anhörung und die als Ausschussdrucksachen verteilten Stellungnahmen der Sachverständigen wird verwiesen.

Der Ausschuss für Gesundheit hat seine Beratungen zu dem Antrag auf Drucksache 20/201 in seiner 15. Sitzung am 16. März 2022 fortgesetzt und abgeschlossen.

Als Ergebnis empfiehlt der **Ausschuss für Gesundheit** mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/201.

Fraktionsmeinungen

Die **Fraktion der SPD** stimmte zu, dass die weltweite Bekämpfung der COVID-19-Pandemie und auch die Stärkung der Gesundheitssysteme vorangetrieben werden müsse. Dieser Antrag biete allerdings keine Lösungen an. Zuletzt sei es auch mit Hilfe des WHO mRNA Technologie-Transfer Hubs, an dem sich auch die Bundesregierung mit mehreren Millionen Euro beteilige, gelungen, den Impfstoff von Moderna nachzubilden. Deutschland habe also indirekt zur Verwirklichung dieses Projekts beigetragen. Außerdem fördere die Bundesregierung weitere Projekte dieser Art wie den Medicines Patent Pool. Man sei insgesamt auf einem guten Weg, damit weltweit die Impfstoffe erzeugt werden könnten, die benötigt würden. So habe man sich im Rahmen des TRIPS-Waiver kürzlich darauf geeinigt, dass Staaten, die unter 10 Prozent ihrer Impfstoffe exportierten, die Impfstoffe unter Bezugnahme auf die Daten der Herstellerfirmen nachbauen dürften. Von entscheidender Bedeutung sei, die Herstellerfirmen in ihren Bemühungen zur Entwicklung von Impfstoffen weiter zu unterstützen, so dass so schnell wie möglich eine Zulassung erreicht werden könne. Dieser eingeschlagene Weg sei richtig, so dass man diesen Antrag ablehne.

Die **Fraktion der CDU/CSU** merkte an, ein wesentlicher Grund für die niedrige Impfquote in vielen Ländern des globalen Südens seien unzureichend resiliente Gesundheitssysteme. Es werde bereits mit Hochdruck an einer Verbesserung der Situation gearbeitet. Dieser Antrag sei kein Beitrag zur Lösung der Probleme, so dass man ihn ablehne.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** hob hervor, dass sich die Bundesregierung verpflichtet habe, die weltweite Lieferung von Impfstoffen gegen das Corona-Virus über die COVAX-Initiative voranzutreiben. Man wolle einen weltweiten, gerechten Zugang zu den Impfstoffen fördern, da die Pandemie erst dann vorbei sei, wenn sie überall vorbei sei. Daran arbeite Deutschland mit Hochdruck und unterstütze unter anderem die WHO, um weltweit den Zugang zu den Impfstoffen zu verbessern. Da die in diesem Antrag vorgeschlagenen Maßnahmen keinen Beitrag dazu leisten würden, lehne man die Initiative ab.

Die **Fraktion der FDP** hielt fest, die öffentliche Anhörung zu diesem Antrag habe erneut gezeigt, dass die Freigabe von Patenten nicht sinnvoll sei. Wenn man zur Lösung der Probleme der Pandemie auf die Pharmaunternehmen setze, müsse man ihnen auch gestatten, ihre Investitionen auf kurz oder lang wieder einzuspielen. Zudem zeigten die Daten der europäischen Verbände, dass die Zahl der hergestellten Impfdosen stetig steige und die Zahl der verimpften Dosen in jedem Monat seit September 2021 übersteige. Außerdem steige auch die Zahl der freiwilligen Lizenzvereinbarungen zwischen Herstellern stetig an. Man sehe keinen überzeugenden Grund, dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. zuzustimmen, so dass man ihn ablehne.

Die **Fraktion der AfD** erwähnte, es habe bereits großzügige Angebote der Hersteller der Impfstoffe an afrikanische Staaten gegeben, die Produktion von Impfstoffen vor Ort aufzunehmen. Eine mögliche Impfpflicht mache nur dann Sinn, wenn künftige Impfstoffe an Mutationen angepasst werden könnten. Der Antrag lasse aber die Frage offen, wie Hersteller zur Produktion solcher Impfstoffe motiviert werden sollten, wenn ihnen die Patente entzogen würden. Daher könne man diesem Antrag nicht zustimmen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** konstatierte, der US-Pharmakonzern Moderna habe kürzlich erklärt, in den 92 ärmsten Ländern der Welt dauerhaft auf den COVID-19-Patentschutz zu verzichten. In diesen Ländern seien momentan durchschnittlich nur 13 Prozent und in Afrika sogar nur 7 Prozent der Menschen geimpft. 300 relevante Organisationen der Zivilgesellschaft hätten sich dafür eingesetzt, den TRIPS-Waiver für diese Patente einzusetzen. Leider verhindere die beschämende Blockadehaltung Deutschlands, Großbritanniens und der EU dies immer noch. Die Entscheidung von Moderna wäre eine gute Gelegenheit gewesen, die Blockadehaltung in dieser Frage aufzugeben. Die Patente für Impfstoffe, Therapeutika und Tests gegen COVID-19 müssten jetzt freigegeben werden, da man ansonsten immer neue Varianten dieses Virus erleben werde, die auch das Leben in Deutschland beeinträchtigen würden.

Berlin, den 16. März 2022

Tina Rudolph
Berichterstatlerin

